

Berliner Tageblatt

Nr. 163

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Montag, 6. April 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mollie in Berlin.

T. W. Da Hellpach nicht in zwölf Tagen ein Reich erobert konnte, Simons zu spät und ganz ohne seine Einwilligung genannt wurde, so blieb Marx der selbstverständliche und notwendige Kandidat der republikanischen Parteien, und alle Republikaner, alle Demokraten werden für ihn stimmen. Die Frage lag doch so: republikanische Einigkeit mit Marx oder Zertrümmerung dieser Front, Abschwenken von der bisherigen Politik, Anschluss an den Bürgerblock, Erhebung des Reichsbanners, in dem die drei Verfassungskandidaten Schwarz-rot-golden miteinander verbunden sind. Wandler hat Bedenken geäußert, mancher hat eine andere Liebe im Herzen getragen, aber niemand hat auf die republikanische Allianz verzichtet wollen. Ein triumphierendes Heilsgeschrei würde heute aus allen antirepublikanischen Reihen dröhnen und das ganze Ausland würde die Zerfahrenheit der deutschen Demokratie verachten, wäre die Einigung gescheitert und jede der drei Parteien in romantischer Traumbücherei ihrer eigenen blauen Sehnsucht gefolgt. Marx ist ein Mann, der durch die Vornehmheit seines Charakters und die seine Liebendürftigkeit seines Lebens befähigt ist, Sympathien zu gewinnen. Das zeigte sich in London, wo er ohne taktische Kunst sehr schnell die fühlenden Seelen erwarnte und durch seine überraschende Ehrlichkeit auch den Nichtanhängern gefiel. Man kann finden, daß er, bei aller politischen Klugheit, zu wenig Taktiker ist, mehr Gewissenhaftigkeit als Schnellgeist des Entschlusses besitzt und nicht wie ein hartnäckiger Latentidee rücksichtslos alle Hindernisse niederreißt. Diejenigen, die in jedem Zentrumsplitzler einen verschlagenen, listigen, hinterlistigen Feind sehen und immer an Windhorst denken, haben ein Bild vor Augen, zu dem die Entscheidung des Herrn Marx durchaus nicht paßt. Wenn Marx erklärt, daß er Präsident „des Volksstaats, die Republik“ achten und sichern werde, so sind das nicht Höflichkeit, nicht Gefälligkeitsphrasen, sondern Bekenntnisse einer klaren, seit langen Jahren geläuterten Überzeugung, auf die kein Schatten des Zweifels fällt. Und die „reservatio mentalis“, die Methode, den gesprochenen Schwur mit einem heimlichen Vorbehalt zu begleiten, ist nicht auf der Seite des „Königings“, sondern einzig und allein im Lager der antirepublikanischen Reichsblöcker, wo man vertritt, „auf dem Boden der Verfassung“ zu bleiben und sich dabei ganz etwas anderes denkt. Verfassungstreue aus Kündigung. Die „Jesuiten“ sind nicht immer dort, wo man sie sucht.

Man kann natürlich trotzen in feinen Geiern die Befürchtung sich regen, der Aufstieg eines Zentrumsmannes zum höchsten Staatsamte werde auf die Enttötung des modernen Gedankens hinwirken und der Kulturentwicklung gefährlich sein. Das ist, selbst wenn man zu dem ehrlichen und gerechten Marx wohl Vertrauen hat, ein Einwand, der im ersten Augenblick nicht ganz falsch und unsinnig erscheint. Aber was würde, ihr feinen Geiern, denn werden, wenn es dank euren Jögern, euren Fernleibern von der Wahl, den reaktionären Reichsparteien gelangen sollte, den Sieg zu erringen? Dann würde der Gedanke sich wohl ungeheuer erheben, wie der Sonnenwider, mit dem Anschluss an Grün ins politische Gedächtnis. Dann würde der Baum des deutschen Geisteslebens wohl herrlich gedeihen? Ist es noch nötig, den oberflächlichen Horizont zu malen, die hohe Kultur der Hafentruerler und der schwerindustriellen Presse zu schildern, an die erhabene Wahrheit zu erinnern, die von deutschnationalen Rathgebern zu der Jugend niedersteigt? Die dumpfe Luft der engen Klosterzelle, von der die Langschlanken sprechen, ist nicht nur dort, wo es enge Klosterzellen gibt. Echtes Frömmigkeit, die zum Himmel aufblickt, ist jener schmeichlerischen Orthodoxie vorzuziehen, die sich, wie Graf Jodlitz-Trübinger und andere Memoirenschreiber uns erzählt haben, so strebsam bemühte, die sehr irdische Majestät mit dem Glauben an eine göttliche Sendung zu erfüllen. Als am vorigen Freitag der Demokrat Nibel im Preussischen Landtag bemerkte, die Deutschnationalen hätten die Demokratie immer mit Gottes Hilfe befehlen wollen, aber ihr Gott habe bisher auf der kommunikativen Seite geistlich vertrieben die Herren, durch diese „Blasphemie“ anlässlich in ihren heiligen Gebeten getroffen. Lobend den Stuhnsaal, und ihr Vizepräsident Garnich hing dem Abgeordneten eine Krone an. Die Leute, die nicht immer nach dem Buchstaben der Schrift handeln und beim harmlosen Wort — harmloser als das von Gott und dem höchsten Pateillonen — eine solche Tartarformide aufzuführen, zeigen in dankenswerter Weise, was die Geistesfreiheit von ihnen erwarten darf. Ohne Zweifel, diese Geistesfreiheit ist doch besser als bei Garnich, Jarres, Knäppel-Kunze, Heibner, Hafentruerler, ehemaligen Köstlichen und Industriejournalisten bei dem Zentrumsmanne Marx aufgehoben, hinter dem alle demokratischen Volkselemente stehen. Und die deutsche Kultur wird wohl auch nicht im Wehwaßerbecken ertrinken, aber im trüben Teich der Reaktion würde sie untergehen.

Die deutsche Außenpolitik gewinnt Aktivität und Initiative, was man — ganz gleich, wie die einzelnen Schritte und Ideen auch beurteilt werden mögen — wirklich nicht tadeln kann. Es ist schon gut, wenn der hartgefrorene Boden aufgetaut, die starre Masse irgendwie in Bewegung gesetzt, der eingeklemmte Magen irgendwo angepaßt wird, und Brausen, Heldegeänge, monumentale Reden und Anknüpfungen sind unterhaltend, manchmal auch Unterhalt verlassende Dinge, mit denen Deutschland leider nicht vorwärtskommen kann. Eine für lange Strecken berechnete, vom fremden Nationalismus argwöhnig betrachtete Politik kann nur zu Erfolgen führen, wenn ein von der Welt draußen vertrauensvoll empfangener und tatsächlich vertrauenswerter Präsident mit seiner Persönlichkeit und seinem Namen für ihre Friedlichkeit bürgt. Wir wählen Marx, weil mit ihm, soweit überhaupt Möglichkeiten bestehen, diese außenpolitischen Erfolge möglich sind. Einem Deutschland, das einen vom nationalistischen Troß umjauchenden Präsidenten zur Schau stellen wollte, würde man sofort abwinen und alle Wege versperren. Wer also will,

Die Demokratische Partei für Marx.

Der Beschluß des Parteiaussschusses. — Der Dank an den Staatspräsidenten Hellpach.

Für den Kandidaten des Volksblocks.

Der Bericht des Reichsministers a. D. Koch.

Der Parteiaussschuß der Deutschen demokratischen Partei trat am Sonntag im Reichstag zusammen, um zur Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Reichsminister a. D. Koch (Weber), der auch das Merkmal über die bisher geführten Verhandlungen hielt. Er legte folgendes dar:

Die Deutsche demokratische Partei hat alles getan, um die Präsidentschaftskandidatur aus dem Parteifreieit herauszugeben. Sie hat nichts gewollt und will auch heute noch nichts als einen Kandidaten, der fest auf dem Boden der Verfassung steht, national und sozial gerichtet ist, und die Gewähr für die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik und für den Wiederaufstieg unserer Volkswirtschaft gibt. Sie hat sich deshalb vor der ersten Wahl für die Kandidatur Simons entschieden. Sie ist am Abend der Reichspartei getreten. Sie hat sich ferner für die Kandidatur Gehler eingestellt, die von der Deutschen Volkspartei zu Fall gebracht worden ist. Sie hat auch nach der ersten Wahl als einzige Partei den neuen Vorschlag einer Kandidatur Simons unterstützt. Aber die Reichspartei wollen lieber mit einem schwarzweißen Kandidaten untergehen, als einen Kandidaten zum Siege verhelfen, der sich fest auf dem Boden der Republik stellt.

Indem die Volkspartei im Jahre 1918, nachdem fast schon eine Einigung erzielt war, sich neben der Deutschen demokratischen Partei gebildet hat, indem sie im Jahre 1923 den Gedanken der großen Koalition, im Jahre 1924 den Gedanken der Politik der Mitte preisgegeben hat und im Jahre 1925 die Kandidatur Gehler zu Fall gebracht hat, hat sie das wohlgeleitete liberale Bürgerturn einflußlos gemacht, als es dieser Volkspartei gehörte.

Die Weimarer Koalition steht bei dieser Sachlage die einzige Möglichkeit, um die Ordnung des Staats zu gewährleisten, um eine feste und sichere Außenpolitik zu führen und die deutsche Wirtschaft über alle Wirtschaftskrisen hinweg zum Aufstieg zu bringen. Dazu gehört, daß man auch das Zentrum bei der Wahl hält. Nichts würde die Kulturpolitik so gefährden, als wenn das Zentrum zusammen mit den Reichsparteien ergriffen würde.

Die Weimarer Koalition wird gewährleistet aus einem ruhigen und unverletzten Fortschritt. Was er in seiner bedeutungsvollen Erklärung an die drei Parteien gesagt hat, entspricht seiner Denkmalsarbeit. Er verdient das Vertrauen, das ihm Inland und Ausland entgegenbringen.

Das deutsche Parlament steht vor neuen Krisen. Der rechte Flügel der Deutschen Nationalen fragt, was das kraftvolle Auftreten der Regierung in der Kriegsschuldfrage bleibt, wo die rücksichtslosen Maßnahmen wegen der Nichträumung von Rhein und Ruhr. Er fragt, wie es möglich ist, daß der Außenminister auf Straßburg verzichtet und im Osten Frieden halten will. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik herrscht völlige Stagnation. Der Volkswirtschaftliche Fortschritt wird wegen der Getreidepolitik nicht vorangehen. Der handelsvertragliche Fortschritt. Der Ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden steht, und damit bleibt das Beamtenpersonal, für dessen Aufhebung die Rechte früher eingetretet ist, bestehen. Die wirtschaftlich so notwendige Verminderung der Steuerlasten tritt nicht ein, weil man sich über den Inhalt der Steuergehalte nicht einigen kann, und weil jeder Schritt etwas Besonderes versprochen ist. Die Aufwertungssfrage ist eine Tragiködie.

Hat man der Weimarer Koalition früher Schwerefälle gestellt vorgezogen, weil sie aus heterogenen Elementen zusammengesetzt ist, so zeigt sich jetzt, daß sie eine einheitliche Gestalt war, verglichen mit der Zerissenheit auf der Rechten. Bei der Art, wie sich die Rechte in ihren Volksversammlungen agitatorisch festgesetzt hat, ist sie auf die Dauer unfähig, die notwendige

Außenpolitik und Handelspolitik zu machen. Es zeigt sich der verhängnisvolle Fehler, daß man geglaubt hat, mit der Rechten gegen die andere Hälfte des deutschen Volkes regieren zu können. Möge das deutsche Volk bei der Präsidentschaftswahl diesen Fehler nicht wiederholen.

Nach dreifachiger Aussprache wurde folgende Entscheidung mit überwältigender Mehrheit angenommen:

Der Parteiaussschuß spricht dem Kandidaten des ersten Wahlganges, Herrn Staatspräsidenten Hellpach, noch einmal den warmen Dank aus für die Übernahme der Kandidatur und für seine kräftige Führung des Wahlkampfes. Die Unterstützung des politischen und Weltanschauungsgehaltes des demokratischen Programms, die offene Führung des Wahlkampfes auf dem Boden unserer Partei durch eine Persönlichkeit von der geistigen Bedeutung Hellpachs, ist ein dauernder Erfolg für die deutsche Demokratie.

Alle Versuche, für den zweiten Wahlgang eine Gemeinschaftskandidatur aller staatsfreundlichen Parteien zustande zu bringen, sind von uns unterstützt worden, ferner an der Ablehnung durch fast sämtliche Parteien, sowohl rechts als links.

Unter diesen Umständen und angesichts der dem Reiche und Volke von außen und innen drohenden Gefahren war die Weimarer Koalition die einzig mögliche feste Grundlage für die Kandidatur eines Präsidenten, der die Gewähr bietet für eine Sicherung der Reichsverfassung, die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft.

Der Parteiaussschuß billigt den Beschluß des Vorstandes, betr. die Verhandlungen über eine Kandidatur Marx und erkläre in Marx den Gemeinschaftskandidaten des Volksblocks. Er fordert die Organisationen der Partei auf, mit aller Kraft die Wahl des Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu fördern.

Die Ernennung der preussischen Minister.

Das Kabinett Braun.

Berlin, 6. April. (W. T. W.)

Der preussische Landtag hat den Ministerpräsidenten a. D. Braun zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Ministerpräsident Braun hat

- den Staatsminister Dr. Am Jahnhoff zum Staats- und Justizminister.
- den Staatsminister Severing zum Staatsminister und Minister des Innern.
- den Staatsminister Girtjes zum Staatsminister und Minister für Volkswirtschaft.
- den Staatsminister Professor Dr. Veder zum Staatsminister und Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
- den Staatsminister Steiger zum Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
- den Staatsminister Dr. Höpfer-Ushoff zum Staatsminister und Finanzminister und
- den Staatsminister Dr. Schreiber zum Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe ernannt.

daß nichts geschieht, daß nirgends der Hebel angelegt, gar nichts versucht wird, um die Situation Deutschlands zu verbessern, der mag sich mit Jarres oder einem ähnlichen markigen Mann und mit den gleichfalls markigen Vereinstagsklägern begnügen, und er wird warten können, bis ihm der Bart durch die Tischplatte wächst. Es scheint, daß aus dem langen, erbitterten Streit, der jetzt in dem salfungssloßen, verwirren Lager des Reichsblöcker und der Böbellei tobt, doch wieder Herr Jarres als „besten Deutscher“ als Kandidat der gespaltenen Einigkeit, hervorgehen wird. Die Hugenberg-Presse polaut täglich, daß nur mit Jarres die nationale Wählererschaft durch Dick und Dünn gehe, aber ebenso treffliche Blätter glauben nicht einmal mehr an das Dünn. Diese ungemütlichen Kollegen, die den armen Jarres schon eingescharrt haben, riesen mit Gebärden der Verzweiflung den alten Hindenburg als Kletter an. Hindenburg war verständig und tatkraftig genug, dankend abzulehnen, aber wie wurde Dr. Stresemann? Die Kandidatur Gehler mußte verschwinden, weil sie dem Auslande gegenüber, „untragbar“ erschien. Und nun wollten die deutschnationalen Stützen der Reichsregierung Hindenburg haben, der draußen, tausendmal in Paradeuniform und Ordensschmuck zwischen trummer Verehrerschaft abgebildet, als Jod aller Rekanströmmer gilt! Keine Kleinigkeit für einen Minister des Außern, der selbst zum Reichsblöcker gehört und mitverantwortlich wäre, und für einen Reichskanzler, der über außenpolitische Pläne sinn! Die drei republikanischen Parteien aber können aus der wuchtigen Valgerei, aus der heillosen Konfusion des feindlichen Gerhaufens ersehen, wie klug und tüchtig ihr einigender Beschluß gewesen ist.

Marx, ehemals Oberlandesgerichtsrat, Landesgerichtspräsident und Senatspräsident beim Kammergericht, kommt aus dem Hause der Gerechtigkeit. Dem Buch der Richter ist in den letzten Jahren manche Seite angefügt worden, die nicht fiedentreu war. Es mußte in diesen Zeitverhältnissen schon Befriedigung erregen, daß neulich in Dittist ein Gerichtshof sich entschloß, viehisches Gefindel, das aus nationaler Gesinnung einen Juden totgeprügelt hatte, für drei Jahre ins Gefängnis zu sperren. Leider erhielt gleich darauf ein republikanischer Stadtrat in Striegau zwei Jahre, weil er zwar nicht gemordet, aber angeblich mit dem Reichsbanner, einer staatsfeindlichen Einrichtung, die antirepublikanischen Kammern herausgefordert hat. Fast könnte die Meinung aufkommen, es gebe bei vielen Gerichten in politischen Prozessen einen doppelten Tarif. Anhänger des alten Schemas sind frei oder zahlen den halben Preis. Dennoch darf man nicht meinen, daß auf den deutschen Richterstand eine Anfechtung zutrefte, die man aus den Tagen des unschuldig verurteilten und dann befreiten Galas erzählt. Als der Herzog von A. einen Einwohner von Toulouse fragte, wie das Gericht dieser Stadt so sehr habe irren können, erhielt er die Antwort: es gibt kein Pferd, das nicht auch einmal fällt. „Ein Pferd, mag sein“, sagte der Herzog, „aber ein ganzes Gestüt? Nein, ganz in wie in dieser Stadt Toulouse liegen, dem Himmel sei Dank, die Dinge in Deutschland nicht. Wir dürfen uns darüber freuen, daß an der Spitze der deutschen Republik ein Richter mit lauterster Gesinnung stehen soll. Ein Vorbild für jeden, der eines braucht. Marx wird nach außenhin das Recht Deutschlands vertreten und im Innern das Recht des Volkes auf seinen republikanischen Staat. Wir wählen den guten Richter Marx.“